EUROPEAN-NEWS-AGENCY.COM

EUROPEAN NEWS AGENCY

International Press Service

Ressort: Special interest

Jetzt sollen Bürger auch noch sparen ? Nach der Abzocke

Göttingen, 21.06.2022 [ENA]

Wann immer es in Deutschland zu einer Krise gekommen ist, letztlich haben immer die Bürger dafür geradestehen müssen, das war nie anders und das ist auch in der heutigen Zeit nicht anders. Dabei versucht die Regierung mit Almosen die Bürger zu beruhigen.

Ein Witz. Aber die Bürger lassen sich das schon seit langer zeit einfach gefallen. Warum eigentlich ? Ist es der Automatismus, man könne ja eh nichts dagegen tun, ist es Faulheit, den eigenen Hintern bewegen zu müssen um was zu bewegen oder eine Art Gleichgültigkeit ? Geradestehen, bezahlen, das ist das richtige Stichwort, das es jetzt aufzugreifen gelt. Bevor alles ausufert. Aber beginnen möchte ich viel früher, so richtig früh. Damit auch die jüngsten, die letzten möglicherweise verstehen was hier im Land abgeht.

Wir schreiben das Jahr 1997, da kommt auf dem Aktienmarkt eine Kategorie, die nannte sich „ Neuer Markt „. Hier haben sich laufend viele neue Firmen, Startups, insbesondere IT, Elektronik, halt zukunftsweisende Firmen platziert. Bis zum Jahresende waren 17 Firmen gelistet, der Index um fast 100 % gestiegen. Ende 1998 sind 64 Firmen gelistet und der Index explodiert von 174 auf 2738 Punkte. Ich mache es kurz. Am 2. Juni 2003 kündigt die Deutsche Börse nach vielen Skandalen, Rauswürfen von Firmen aus dem Neuen Markt und exorbitantem Einbruch des Index an, den neuen Markt anstatt zum Jahresende bereits 3 Tage später schließen zu wollen. Das Ende.

Das waren die Zeiten wo Manfred Krug, Schauspieler, leider verstorben, mit markigen Sprüchen Aktien von der Telekom angeboten hat „ Telekom, die machen das „ war einer davon. Ron Sommer, eine damalige Lichtgestalt als Vorstandsvorsitzender Telekom, der mit dabei war als schillernde Werbefigur. Als dann die Telekom mit rund 33 DM an die Börse ging, haben viele sogenannte Kleinanleger hier ihre Rentenersparnisse investiert, weil sie den Versprechungen geglaubt haben. Hat ja auch erst geklappt, von November 1996 bis April 2000 stieg die Aktie zeitweise auf über 170 DM, was immer mehr Kleinanleger, die im Aktiengeschäft so gut wie keine Ahnung hatten, größere Summen anlegten, um dicke Gewinne einzufahren.

Alles schien so einfach zu sein, doch dann erfolgte der große Absturz. Noch im gleichen Jahr verlor die Aktie über 50 % des Wertes und damit viele Anleger viel Geld. Im Jahr 2002 dann der Tiefstpunkt mit unter 10 Euro. Von diesem Absturz hat sich die Aktie nie erholt und ist heute mit rund 18.50 Euro immer noch extrem unter dem damaligen Ausgabewert. Ähnlich passierte es mit dem neuen Markt. Die Aktien

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

flogen nach oben, und genauso schnell wieder nach unten, täglich wurden Gelder vernichtet, die Kleinanleger verloren reihenweise hohe Summen. Ich erinnere mich an einen konkreten Fall, die Firma Elsa AG in Aachen, die mit Grafikkarten und Modems gewachsen ist.

Entsprechend mit ihr die Aktien. In dem Jahr, in dem sie pleite ging, verkündete ein Vorstandmitglied auf einer Pressekonferenz auf der damaligen Computermesse CeBit, welche strategischen Ausrichtungen die Firma international vor hatte, den chinesischen Markt erobern usw. Entsprechend positiv reagierte der Aktienmarkt, die Aktie stieg und stieg. Bis dann wenige Monate später klar wurde, die dann doch eher kleine Computerfirma war dem chinesischen Computermarkt nicht gewachsen, weder größenmäßig noch kostenmäßig für die Produkte, die Firma hatte sich übernommen, und zwar gewaltig, und das ruinierte die Firma.

Die Aktie stürzte ab, viele Anleger hofften noch das sich die Firma mit dem deutschen Geschäft retten konnte, aber es folgte was folgen mußte: Insolvenzanmeldung. Zum Schluß war die Aktie noch 10 Cent wert. Später wurde auch der neue Markt wieder vom Aktienhandel genommen, auch hier hatten viele Anleger massiv Geld verloren, wenige viel gewonnen. Ich will jetzt nicht auf jede Krise, die dem Bürger richtig Geld gekostet hat, eingehen, doch wir erinnern uns an die große Lehman Brothers Bankenkrise, die das ganze Finanzsystem so richtig durchgeschüttelt hat. Mit dieser Krise begann die große Zinspolitikkrise, die uns bis heute die 0 % Zinspolitik auf Guthaben beschert hat.

Und damit war es den Banken nicht genug. Viele haben für größere Guthaben später sogenanntes Verwahrungsgeld eingeführt, und kostenlose Girokonten sind auch Mangelware geworden, selbst die ING bucht jeden Monat 0.99 Cent für die EC Karte ab. Das ist zwar wenig, aber rechnen Sie mal die Millionen Kunden ab. Das lohnt sich. Dann kam die große Coronawelle, die Bürger müssen seitdem und mußten Schutzartikel aus eigener Tasche bezahlen, nach vielen Schließungen und Wiedereröffnungen der Gastronomie haben sich deren Produkte massiv verteuert, viele Arbeitnehmer waren zudem von längeren Kurzarbeiterphasen betroffen oder gar von Arbeitslosigkeit. All das hat die Sparkonten und vorhandenen Gelder der Bürger stark betroffen. Und jetzt geht es weiter.

Seit Februar erleben wir den Ukrainekrieg, anstatt das die vielen Sanktionen Russland in die Knie zwingt, werden immer mehr Bürger in die Knie gezwungen. Lebensmittelpreise, Energiepreise, letztlich Mieten und Nebenkosten, alles hat sich erhöht. Man redet von 7 -8 % Inflation und Kostensteigerungen, im Geschäft sind viele Produkte mal eben 50 % oder mehr teurer. Natürlich haben Produzenten von Lebensmitteln ebenso höhere Belastungen, aber die geben sie teilweise gleich doppelt weiter. Und inzwischen versucht jeder sich anzuklemmen, es läßt sich ja so einfach und schön begründen, warum das eine oder andere teurer wird.

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



Da ist angeblich Papier knapp, plötzlich wird das Papier teurer, jetzt auch der Joghurt, und immer öfter wird es auffällig, das viele Regale in den Läden wenig gefüllt sind. Die Lücken werden immer größer. Aber das heutige Thema ist ja Bürger und Abzocke. Und genau die geht auch mit staatlicher Hilfe weiter voran. Denn die ganzen Sanktionen treffen inzwischen die deutschen Bürger viel mehr als Russland. Wie schon erwähnt sind die Einkäufe drastisch angestiegen von 7 – 8 % kann in der Praxis gar keine Rede sein.

Lange war ja von Baerbock und Co. die Rede, wir, also Deutschland, will keine Energie mehr von Russland haben, am besten sofort alles stoppen. Dann hat Habeck bemerkt, geht ja nicht so einfach, denn wir brauchen ja Energie. Also lief er nach Katar und sonst wohin um Energielieferanten zu finden. Besonders erfolgreich war er bisher nicht. Jetzt hat Russland reagiert und Gaslieferungen stark gedrosselt, und schon kommt Panik bei der Bundesregierung auf. Was noch vor wenigen Wochen als ausreichend vorhanden und kein Problem dargestellt wurde, ist jetzt auf einmal ein schnelles Problem.

Habeck redet nun davon, die Bürger sollten Energie sparen. Genau, also zum einen sollen wir das Doppelte und mehr für Energie bezahlen, aber zusätzlich sparen. Dabei hat uns die Bundesregierung erst in diese Situation gebracht. Und wie immer sind die Bürger die Dummen und zahlen jetzt dafür. Also ich kann aus eigener Situation sagen, bis Ende Mai 2022 hatte ich eine Vorauszahlung bei Strom von 38 Euro und hatte eine kräftige Rückerstattung, was normalerweise die Vorauszahlung senkt, stattdessen habe ich jetzt eine Vorauszahlung von 60 Euro, wo mir schon vom Stromanbieter angekündigt wurde, das aufgrund der stark steigenden Preise die Vorauszahlung angehoben wurde.

Damit nächstes Jahr die zu erwartende Nachzahlung nicht zu hoch wird. Und genau das ist das Problem. Bei vielen Bürgern sind die hohen Energiekosten, und die, die noch kommen in der Praxis noch gar nicht angekommen, weil die Abrechnungen noch nicht da sind bzw. sich das erst mit der nächsten Abrechnung 2023 richtig auswirken wird. Es gibt aber schon Bürger, die haben Gasrechnungen mit Nachzahlungen von über 1000 Euro bekommen bei einer Rente von netto 850 Euro, die wissen nicht, wie sie das stemmen sollen. Und eines ist doch auch schon klar: Der Winter wird ein harter Winter. Es wird zu wenig Energie da sein, und die vorhandene wird so richtig knüppeldick teuer werden, das viele mit Schal und Jacke im Wohnzimmer sitzen werden.

Und weil Habeck jetzt vermeldet, das Problem nicht lösen zu können, was vor wenigen Wochen noch ganz anders klang, will er wieder Kohlekraftwerke anwerfen und dazu wird nunmehr ernsthaft über die Reaktivierung von Kernkraftwerken nachgedacht. Erst werden denen Milliarden Euro für die Abschaltung hinterhergeworfen, jetzt will man die wieder ans Netz bringen, was so schnell gar nicht geht. Sie merken schon, das Ganze ist wie bei den 2 Jahren Corona: Die Regierung ist kopflos, ahnungslos und handlungsunfähig. Anstatt die Probleme zu erkennen und massiv anzugehen redet jeder anders, viele Ideen, keine wird ernsthaft angepackt und im Oktober wenn die Temperaturen unter 10 Grad fallen erklärt man:

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



Wer konnte denn auch ahnen das es mal kälter wird und wir mehr Energie brauchen. Und zum Apell von Habeck, Energie zu sparen: Wie will er das denn umsetzen, wenn die Leute nicht weiter sparen können, weil sie es schon tun ? Abschalten kann er nicht, die einzige Möglichkeit des Staates die Bürger zum Sparen oder Wenigerverbrauch zu zwingen, ist doch, den Verbrauch drastisch zu verteuern, je mehr verbraucht wird, damit genügend Energie da ist zum Beispiel für die Wirtschaft, die in einer Stellungnahme schon gesagt hat, man sehe dort Potential zum Sparen. (Da frage ich mich warum man nicht schon eher darauf gekommen ist).

Aber ob Corona oder der Ukrainekrieg, die Wirtschaft stand und steht immer gut da, die staatlichen Hilfen, die entgegen der Almosenhilfen an die Bürger ECHTE Hilfen sind, werden dann noch mit Steuergeld der Bürger bezahlt, die dafür in die Pflicht genommen werden. Was für ein perverses System. Und genau diese Kostenstaffelung nach Verbrauch sehe ich kommen. Und die vielen Beispiele, und ich könnte mehr nennen, zeigen, das immer der Staat, genau gesagt die Regierung ihre Hände im Spiel hat. Durch Fehlpolitik, Fehlsteuerung, Fehlentscheidungen werden immer wieder Kostenlawinen für die Bürger ausgelöst, die dann mit Almosen wie 3 Monate weniger Fahrkosten oder ein wenig billigeres Benzin großzügig abgemildert werden.

Man tue ja was, um die Bürger zu entlasten, heisst es dann großspurig. Das erinnert mich an ein Beispiel, das ich kürzlich gehört habe: 100.000 Euro einsetzen, um 70.000 Euro zu bekommen. Und sich dann ganz groß fühlen. Angewandt auf die Bürgerabzocke bedeutet das: Jedem Bürger in einem Jahr 500 Euro wegnehmen, um ihnen im darauffolgenden Jahr 200 Euro wiederzugeben und damit die Großzügigkeit und Unterstützung zu beweisen. Dabei wird das gesparte Geld der Bürger seit Jahren durch Wertverlust ständig weniger, jetzt natürlich akut, und für verdientes und gleich ausgegebenes Geld bekommt man viel weniger als noch vor 2 Jahren und damit ist auch das „ Tagesgeld „ deutlichem Wertverlust ausgesetzt.

Die Privatinsolvenzen werden massiv in den nächsten Zeiten zunehmen, weil immer weniger Bürger die Kosten noch stemmen können, Kredite nicht mehr abbezahlt werden können, Mieten ein Problem werden usw. Macht aber nichts, wir brauchen ja sowieso Wohnungen für die Flüchtlinge. Wer keine Miete bezahlen kann, fliegt dann eben nach 2 Monaten Rückstand aus der Wohnung, der Nachmieter mit staatlicher Mietzahlung steht ja schon bereit. Schönes Deutschland. Am Arsch.

Bericht online lesen:
https://www.european-news-agency.de/special_interest/jetzt_sollen_buerger_auch_noch_sparen__nach_der_abzocke_-84186/

Redaktion und Verantwortlichkeit:

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Uwe Hildebrandt

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.